

Die ungarische Regierung und die privaten Maiskäufe für Oesterreich.

Heute liegt eine Meldung aus Budapest vor, wonach die ungarische Regierung auf Grund von älteren oder neueren Schlüssen zu liefernden Mais nicht nach Oesterreich gelangen lassen wolle, wenn die österreichische Regierung nicht zustimmt, daß diese Maismenge in das Kontingent eingerechnet wird. Hiezu verlautet an informierter Stelle das Folgende:

Die ablehnende Haltung Ungarns gegenüber den privaten Maisabschlüssen ist der österreichischen Regierung bereits seit längerer Zeit bekannt. Die österreichische Regierung hat jedoch die Forderung Ungarns auf Einrechnung solcher Maislieferungen in das Kontingent abgelehnt. Sie vertritt den Standpunkt, daß in das Kontingent nur solche Mengen von Mais einbezogen werden dürfen, die von der ungarischen Regierung requiriert und der im Ackerbauministerium bestehenden Maiszentrale übergeben werden. Das Kontingent, welches monatlich zwischen 500.000 und 600.000 Meterzentner beträgt und sich im letzten Monate auf 700.000 Meterzentner erhöht hat, könne lediglich aus solchen Ueberweisungen, die direkt von Regierung zu Regierung erfolgen, zusammengesetzt werden. In einzelnen Fällen wurde, wo eine Landesorganisation als Käufer auftrat, die Einrechnung hinsichtlich kleinerer älterer Schlüsse bewilligt. Das sind aber nur Ausnahmen. Grundsätzlich wird die Einrechnung der Lieferungen an Private in das Kontingent von der österreichischen Regierung abgelehnt. Das Ackerbauministerium hat vor kurzem an die politischen Behörden einen Erlaß gerichtet, in welchem auf den erwähnten Standpunkt der ungarischen Regierung aufmerksam gemacht wird. Es wird in dem Erlasse erklärt, daß es unzweckmäßig wäre, wenn private Interessenten neue Maischlüsse vollziehen oder wegen der Freigabe älterer Schlüsse größere Beträge aufwenden wollten.

Infolge der ablehnenden Haltung der ungarischen Regierung können also österreichische Käufer nicht darauf rechnen, daß sie den Mais, den sie früher in Ungarn erworben haben, tatsächlich geliefert bekommen. Sie bleiben darauf angewiesen, den Mais, den sie benötigen, von der im Ackerbauministerium bestehenden Maiszentrale zu beziehen.